

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 26

Artikel: Reformzwang kontra Reformsperrern
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

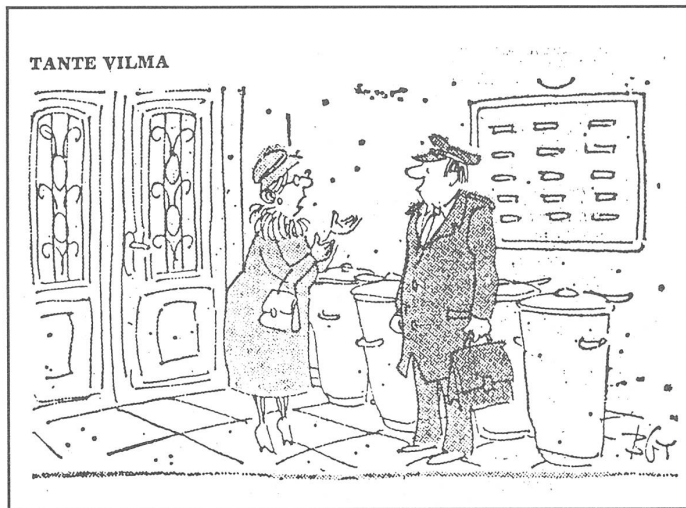
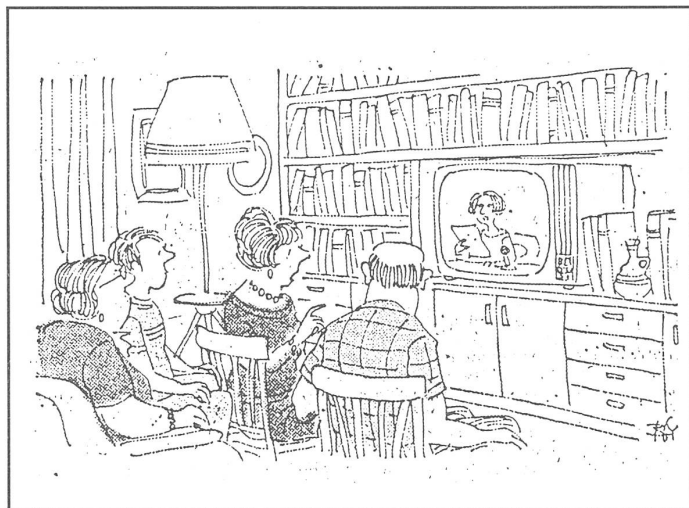
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reformzwang kontra Reformsperren



Karikaturen aus der «Budapester Rundschau», Budapest. Links: «Wie mimosenhaft die Regierungen im Westen doch sind! Sie treten sofort zurück, wenn sie auch nur ein einziges Versprechen nicht halten können.» (Nr. 39/1988). Rechts: «Ich fürchte, dass die Abrüstung bei uns mit der Reduzierung der Gulaschkanonen beginnt . . .» (Nr. 47/1988).

Unser Mitarbeiter Dr. Joseph Pozsgai hat seine frühere ungarische Heimat besucht und unter anderem mit Staatsminister Imre Pozsgay gesprochen, dem führenden Reformen in der Parteispitze.

Die ungarische Hauptstadt Budapest hat zwei Gesichter. Im Stadtkern, an beiden Seiten der Donau, in der Burg und auf der Margareten-Insel strahlt sie mit den modernsten erstklassigen Hotels und den alten prunkvollen Bauten westlichen Wohlstand aus. Aber schon einige hundert Meter hinter dieser verlockenden Kulisse bieten die Strassen mit den schwarzgrauen, jahrzehntelang vernachlässigten, baufälligen grossen Mietshäusern ein völlig deprimierendes Bild von Armut und Stagnation. Dieses Janus-Gesicht der schockierenden Unterschiede charakterisiert nicht nur diese von der Lage her einmalig schöne Stadt, sondern den ganzen Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft nach zwanzig nicht ganz erfolglosen Reformjahren.

In ganz Ungarn gibt es viel und vielerlei Lebensmittel, Bekleidung und sonstige Konsumgüter wie in keinem anderen Ostblockland. Aber Ungarn hat die grösste Pro-Kopf-Verschuldung – insgesamt 18 Mia Dollar – in Osteuropa. Man hat den Eindruck, dass der relative Wohlstand nicht durch eine

gewinnbringende Wirtschaft, sondern mit westlichen Krediten finanziert wurde.

Die Wirtschaft stagniert, weil die alte, im Mai abgelöste Parteiführung keinen Mut hatte, sich von der Planwirtschaft sowjetischer Spielart zu lösen, obwohl Moskau unter Gorbatschow keine Einwände dagegen hätte.

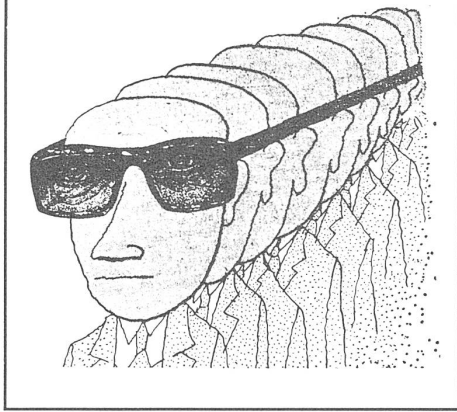
Ziel: pluralistischer Rechtsstaat

Wie es nun weitergehen soll, hat der Reformflügel in der Parteiführung nach seinem Sieg vor sechs Monaten ziemlich klar artikuliert. Einerseits wurden die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, die Einführung des Pluralismus bei der politischen Willensbildung und dementsprechend eine Verfassungsänderung deklariert, andererseits der Rückzug der Partei aus der Wirtschaftslenkung und die totale Umstellung der verstaatlichten Industrie von der Plan- auf die Marktwirtschaft mit Betrieben, die selbständig und mit den Methoden des westlichen Managements arbeiten. In verstärktem Masse wirbt die neue Führung um westliches Investitionskapital, auch in Form von gemischten Gesellschaften (Joint-ventures), weil das gegenwärtige System die Eigenmittel zur Modernisierung keinesfalls erwirtschaften kann.

Die politischen Strukturen, den Weg von einer Diktatur zur Demokratie zu ändern ist freilich leichter, als die Wirtschaft umzukrempeln. Für politische Reformen braucht man einfach nur neue Gesetze.

Schon allein die erklärte Bereitschaft der neuen Führung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu garantieren, hat die politische «Infrastruktur» Ungarns in sechs Monaten total verändert. Nicht nur politische Vereine mit den Programmen der alten Parteien wurden bereits gegründet, sondern auch freie Gewerkschaften, ein Jugendbund und auch ein Glasnost-Club von mehreren hundert Journalisten, welche die totale Pressefreiheit fordern.

Was jedoch den westlichen Beobachter in Budapest überrascht, ist die grosse Gelassenheit, mit der die neue Staatsführung die Entstehung einer bunten und mündigen politischen Opposition hinnimmt. Trotz starker Widerstände hat sogar das Zentralkomitee der Partei Ende Oktober der Gründung von politischen Parteien ab 1990 zugestimmt. Daraufhin hat jetzt die Regierung beschlossen, die gesetzliche Grundlage zur Einführung eines Mehrparteiensystems vorzubereiten.



Gemeinsamer Gesichtspunkt. («Budapester Rundschau», Budapest, Nr 51-52/1988)

Imre Pozsgay zur Opposition: Eigentlich illegal, aber erwünscht

Befragt über diese atemberaubende politische Entwicklung, die eigentlich einer stillen Revolution gleichkommt, erklärte uns Politbüromitglied und Staatsminister Imre Pozsgay in einem Gespräch im Budapester Parlament, dass die neuen Vereine der Opposition zwar praktisch illegal gegründet worden seien, also ohne die Regierung zu fragen, aber diese Bewegung werde heute sozusagen ermutigt und sei auch erwünscht.

Nach seinen Worten übt diese neue Opposition jetzt schon einen gewissen Einfluss auf die politischen Entscheidungen aus. Ihre Bedeutung dürfe man allerdings nicht überschätzen. Keiner der politischen Vereine repräsentiere eine regierungsfähige Kraft gegenüber der regierenden kommunistischen Partei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP). Sie könnten auch keine Alternativen anbieten, weil sie sich nicht einmal die notwendigen Informationen beschaffen können, die zur Kontrolle der wirtschaftlichen Prozesse notwendig seien. Noch heute seien sie auf der Suche nach ihrer Identität und bezeichnen sich in diesem Stadium als Debattierklubs.

Pozsgay, der eigentlich der stärkste Verfechter der politischen Reformen innerhalb der Staatsführung ist, sieht klar, dass eine politische Stabilität zur Durchführung von Wirtschaftsreformen unbedingt notwendig ist. Das Mehrparteiensystem werde auch in Ungarn zweifellos kommen, «aber wir müssen uns im Laufe der nächsten Zeit darauf vorbereiten, eine Art gesellschaftlichen Ausgleich zu schaffen, damit die politische Stabilität inzwischen nicht auseinanderfällt», sagt er.

Neues KP-Selbstverständnis

Wenn aber in Ungarn ein pluralistisches System entsteht, dann ist es unerlässlich, dass die regierende kommunistische Partei ihr Gesicht verändert und die Macht mit anderen Parteien teilt. Auf jeden Fall müsste sie auf das Monopol des Denkens verzichten. Nach Ansicht Pozsgays sollte man auch die Struktur der Partei und ihre Aufnahme-

fähigkeit umändern, weil sich die Partei in der stalinistischen Form als eine omnipotente und omnikompetente Organisation verstanden hatte. Nach seiner Meinung gehört zur Parteireform auch die Plattformfreiheit und damit die Freiheit zur Diskussion. Und die Debatten sollten in den grundlegenden Fragen mit einer Abstimmung enden.

Pozsgay hält die Trennung von Partei und Staat für notwendig. Die Partei sollte in der neuen Rolle strategischer Vordenker und ideologisches Zentrum sein und nicht als höchster Machträger, sondern im «Gewand» des Staates erscheinen.

Im Rahmen des Staates müsste man mit der neuen Verfassung zur klassischen Gewaltenteilung – Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung) und Justiz (Gerichte) – zurückkehren, wobei der Volkswille durch Wahlen als Quelle der Macht fungiert.

Organisatorisch kann man den Staat von der Partei trennen. Aber wie geht das funktional, wenn in der Staats- und Parteiführung die gleichen Leute eine Doppelfunktion bekleiden – wie Pozsgay selbst, der zugleich Politbüromitglied und Minister ist? Er betont, dass dies eine sehr belastende Rolle und Aufgabe sei. Damit habe er auch schon früher sechs Jahre lang als Kultusminister seine Erfahrungen gemacht.

Gewissenskonflikte sind tatsächlich unvermeidbar, zumal Interessengegensätze zwischen Regierung und Partei immer wieder auftreten. Die persönliche Souveränität zu wahren ist nur möglich, wenn die Partei den Pluralismus akzeptiert und verschiedene Meinungen toleriert.

Gewerkschaften und Verbände

Bei dem geplanten pluralistischen Staatssystem findet Pozsgay die Rolle der beruflichen Interessenvertretungen – Gewerkschaften und Verbände – ebenso wichtig wie die Funktion der politischen Organisationen. Heute sei es noch kaum möglich, sagt er, weil eine Interessenidentität zwischen den Arbeitern und der Managergruppe in den Betrieben bestehe, die die Probleme gemeinsam nach oben schiebe. Der Staat soll auch dann helfen, wenn das Unternehmen in Konkurs geht. Die Betriebe tragen praktisch keine Verantwortung für ihre Tätigkeit.

Hier liegt das Schlüsselproblem des sozialistischen Wirtschaftssystems: Ohne Leistungsdruck und Verantwortung gibt es keine gewinnbringende Produktion. Erst wenn es gelänge, so Pozsgay, durch die Reform derartige Verbindungen zwischen Staat und Betrieb abzuschaffen und die Unternehmen wirklich selbständig zu machen, werde es möglich sein, markante Interessenvertretungen zu organisieren – einerseits für die Arbeitnehmer bei ihren Gewerkschaften, andererseits auf Arbeitgeberseite in Form von Managerverbänden.

Die Regelung eines Streikrechts sei bereits in Vorbereitung. Hier steht Pozsgay in harter Diskussion mit den Gewerkschaften, welche dieses Arbeitnehmerrecht im geplanten Gewerkschaftsgesetz verankern wollen. Der Minister hingegen ist der Meinung, dass das Streikrecht als Menschenrecht zu betrachten sei, das die Gewerkschaften keineswegs missbrauchen dürften. Deshalb sei hier eine gesonderte Regelung notwendig.

Was Pozsgay mit bemerkenswerter Konsequenz skizziert, ist nichts anderes als ein demokratischer Rechtsstaat mit seinen unerlässlichen pluralistischen Bestandteilen. Was bleibt dann vom Sozialismus übrig?

Diese Frage wird jetzt in Budapest immer häufiger gestellt – vor allem in den obersten Gremien der Partei. Wirtschaftliche Nöte haben die Staatsführung in Zugzwang gebracht, aber viele in der Funktionärschicht wollen nicht einsehen, dass der grundlegende Umbau des Wirtschaftssystems ohne einen politischen Strukturwandel kaum möglich ist. Die Angst vor dem Machtverlust der Partei und vor der Möglichkeit, dass die Staatsführung von unkontrollierbaren politischen Entwicklungen überrollt werden könnte, strapaziert die Nerven stark.



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3+5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.

Die Gegner

Gorbatschow steht zwar hinter den ungarischen Reformern. Aber der offene Widerstand gegen «Perestrojka» und «Glasnost» in mehreren Ländern des Ostblocks ermutigt auch die ungarische Parteioption, sich gegen weitergehende Veränderungen aufzuheben. Typisches Beispiel: Politbüromitglied János Berecz, der dem konservativen Flügel der Parteiführung zugerechnet wird, erklärte Anfang November: «Ungarn bleibt beim politischen Pluralismus im Einparteiensystem.» Neun Tage später gab die Regierung jedoch bekannt, gewiss nicht ohne Zustimmung des Politbüros, dass der Weg zum Mehrparteiensystem freigemacht werden soll und der Status der politischen Parteien in der neuen Verfassung geregelt werde, die – wie schon erwähnt – nicht vor 1990 in Kraft treten würde.

In der Partei finden offenbar starke Richtungskämpfe statt. Selbst der Parteichef, Károly Grosz, gab kürzlich ungewöhnlich offen in einem Interview mit der ungarischen Tageszeitung «Magyar Hirlap» zu, dass in der Parteiführung Meinungsunterschiede bestünden. Im Hinblick auf die von der Zeitung angesprochene Besorgnis, die Parteiführung und die Regierung drohten zu «zerfallen», sagte Grosz: «Die Besorgnis ist berechtigt; auch ich Sorge mich.» In den letzten 15 Jahren habe sich weder ein Schattenkabinett der Regierung noch die Partei auf die Wende vorbereiten können, «deren Tempo und Dynamik wir nicht vorausgesehen haben». In der Regierung sehe er nicht das geringste Anzeichen einer Zerfallserscheinung; sie sei heute sogar einheitlicher als zu Beginn der gemeinsamen Arbeit.

«Weniger fortgeschritten ist dieser Prozess bei der Parteiführung», sagte Grosz. Das

Politbüro sei zwar «in seiner ideologischen Auffassung einheitlich», relevant seien jedoch «die Unterschiede in Fragen bezüglich der Taktik, der Methoden und des Arbeitsstils». Und «diese Spannungen gehen . . . auf persönliche Fragen zurück». Würden in den Debatten «Prestigedenken und persönliche Ambitionen» überhandnehmen und die Bestrebungen nicht den gemeinsamen Zielen untergeordnet, könnte das «sehr schlimme Folgen» für die Zukunft der Nation haben. Er sei dennoch überzeugt, dass die «nüchterne Einsicht» siegen werde. Er selbst werde in dem Moment, da er das Gefühl habe, dass er «ein Hemmschuh für politische Entwicklungen» sei, aus der Führung ausscheiden.

Die Worte des Parteichefs zeugen nicht gerade von strahlendem Optimismus. Das Regieren ist äusserst unbequem geworden. Die Besorgnis von Grosz rührt auch daher, dass der «pluralistische» Trend die gesamte Parteiführung samt Zentralkomitee erfasst hat. Es ist kein Geheimnis, dass die führenden Gremien in drei Fraktionen aufgespalten sind: Konservative, Zentristen und Reformen führen einen Machtkampf hinter den Kulissen. Die angesehene Wochenzeitung «Magyarorszag» meldete Ende Oktober sogar, dass jetzt eine neue Partei, die «Partei der Kommunisten Ungarns», gegründet wurde. Eine Parteispaltung?

Wer ist in der Defensive?

Damit ist zu erklären, warum sich die Staatsführung gegenüber der neugeborenen Opposition seit Monaten in der Defensive befindet. Unangenehme Fragen werden gestellt, die wegen des Führungsdefizits der Regierung oft unbeantwortet bleiben – insbesondere auf dem Gebiet der Vergangenheitsbewältigung.

Ein ungutes Gefühl erzeugt vor allem die Tatsache, dass eigentlich niemand weiss, wohin die «Reise» geht.

Solange beispielsweise die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln nach der Reform nicht klar definiert wird, bleibt vieles unklar. Reformpläne gehen davon aus, dass das Staatseigentum weiterhin der dominierende Faktor in der Wirtschaft bleiben wird. Partei- und Regierungschef Grosz hin-

gegen begrenzte diesen Anspruch kürzlich auf 51 %. Heimische und ausländische «Kapitalisten» dürften 49 % der Produktionsmittel besitzen. Ungeklärt ist auch, ob die kommunistische Partei ihre führende Rolle nach 1990, also nach Einführung des Mehrparteiensystems, beibehalten wolle oder ob sie zur Teilung der Macht bereit sei. Denn das Ende der Pluralismusdebatte ist in der Partei immer noch nicht abzusehen.

Zu viele Unsicherheiten also. Vor allem stellt sich die Frage, ob es der Staatsführung gelingen wird, in den bevorstehenden zwei Jahren einen kontrollierten Übergang von der Diktatur zum demokratischen Rechtsstaat zu sichern. Denn sonst könnte das Experiment in ein politisches Chaos münden – mit äusserst unangenehmen internationalen Auswirkungen. Niemand bestreitet heute in Budapest, dass ein Fiasko der ungarischen Reformen für Gorbatschow zumindest einen Rückschlag bedeuten und die Machbarkeit der «Perestrojka» überhaupt in Frage stellen würde.

Andererseits könnte eine anhaltende politische Instabilität Ungarn von dem aussperren, was es am meisten braucht: westliches Investitionskapital zur Modernisierung der veralteten Industrie. Die Risiken sind also ziemlich gross. Nur eine geschickte Dosierung von politischen und wirtschaftlichen Reformen kann zum Ziel führen. ■



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration –

Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Telefon 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch

Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03

Deutsche Bank Frankfurt a. M.

(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.–

Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerlande

Jahresabonnement sFr. 57.–/DM 68.–

Luftpost sFr. 62.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler

sFr. 36.–/DM 43.–

Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.–

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's